E-03 Kurs Zukunft – sozial gerecht aus der fossilen Abhängigkeit

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	14.10.2025
Tagesordnungspunkt:	E Klima & Energie

Antragstext

Klimaschutz ist nicht weniger als ein Versprechen an unsere Kinder und Enkel, in einer Welt aufzuwachsen, in der man saubere Luft atmen und intakte Natur erleben kann - saubere und klare Bäche, grüne und gesunde Wälder. In der die Energieversorgung sicher und das Leben bezahlbar ist. In der fossile Konzerne ihre Profite nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen generieren. Klimaschutz ist die direkte Konsequenz aus dem Wissen, dass wir nur eine Erde haben – und diese von unseren Kindern nur geborgt ist.

Er ist gleichzeitig die Antwort auf die Sorgen, die viele Menschen in diesem Land umtreiben: Kann ich meine Heizrechnung auch kommendes Jahr noch bezahlen? Kann ich darauf bauen, meinen Industriejob auch in fünf Jahren noch zu haben? Ist mein Haus sicher vor Überschwemmungen?

Konsequenter Klimaschutz ist damit die zentrale Aufgabe unserer Zeit. Klimaschutz entscheidet über wirtschaftliche Stärke, soziale Sicherheit, körperliche wie seelische Gesundheit, internationale Stabilität und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wer meint, Klimaschutz sei Nischenthema und Schönwetterpolitik, wer Klimaschutz jetzt ausbremst, verspielt nicht nur ökologische Ziele, sondern gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und nicht zuletzt unsere Sicherheit und unseren Frieden.

Die ökologischen Krisen verschärfen sich dramatisch – von der Erderhitzung bis zum Artensterben, verursacht durch Raubbau an Böden, Wäldern und Meeren. Zugleich wird in Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen einmal mehr deutlich, wie abhängig wir von Gas und Öl aus autokratischen Staaten sind – eine Abhängigkeit, die wir nur durch konsequente Klimapolitik beenden können. In dieser Lage entscheidet konsequentes Handeln darüber, ob Deutschland und Europa gestärkt aus den Krisen hervorgehen – oder an ihnen scheitern.

In den vergangenen mehr als 45 Jahren haben wir gezeigt, dass entschlossene Politik wirkt – aus der Opposition heraus genauso wie in Regierungsverantwortung. Als wir vor 25 Jahren das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Weg gebracht haben, war damit die Hoffnung verbunden, eine weltweite Energie-Revolution zu starten. Und was ist passiert? Unsere optimistischsten Annahmen wurden übererfüllt. Wir generieren nicht nur in Deutschland schon heute mehr als die Hälfte des Stroms aus Erneuerbaren – 2025 war auch das erste Jahr, in dem global mehr Energie aus Wind und Sonne als aus Kohle gewonnen wurde. Das ist ein riesiger Erfolg, auf den wir stolz sind. Der von uns begonnene Weg der Förderung der Erneuerbaren war und ist Exportschlager.

Auch in der letzten Bundesregierung haben wir zentrale Weichen gestellt, damit Deutschland seine Klimaziele erreicht: Wir haben den Ausbau der Erneuerbaren und der Netzinfrastruktur massiv beschleunigt, das Miet- und Wohneigentumsrecht ins

solare Zeitalter gebracht, den Kohleausstieg konkretisiert, den Europäischen Green Deal mit auf den Weg gebracht, neue Instrumente wie Klimaschutzverträge zum Umbau der Industrie etabliert und mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz das bislang größte Programm für die Renaturierung von Mooren und Gewässern, die Wiederherstellung von Grünzügen und den Umbau von Wäldern geschaffen. Wir haben eine historisch einmalige Energiekrise nach Putins Angriffskrieg in der Ukraine bewältigt und zugleich gezeigt, wie der Weg hin zu mehr Klimaschutz konkret umsetzbar ist – auch gegen erhebliche Widerstände. Das war nicht immer einfach – und sicherlich wurden dabei auch Fehler gemacht. Das Gute: Deutschland war auf Kurs, das 2030-Klimaziel zu erreichen. Diese Bilanz zeigt: Politik macht einen Unterschied – und wir sind der Erderhitzung nicht ohnmächtig ausgeliefert.

Die schwarz-rote Bundesregierung droht all diese Erfolge zu verspielen. Sie erkennt ökologische Transformation nicht als strategische Aufgabe, sondern behandelt sie wie eine Störung des Status quo. Während andere Staaten vorangehen und den klimaneutralen Umbau ihres Wirtschaftssystems konsequent voranbringen, riskiert die Bundesregierung, den Wirtschaftsstandort Deutschland vom wesentlichen Innovationstreiber der nächsten Jahrzehnte abzukoppeln. Klimaziele werden europäisch wie national infrage gestellt, soziale Spaltungen vertieft, europäische Einigung geschwächt. Blockade und Verantwortungslosigkeit prägen diese Politik im Rückwärtsgang.

Zehn Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen braucht es ein starkes politisches und wirtschaftliches Signal für internationale Zusammenarbeit. Trotzdem hat die Regierung Merz verhindert, dass Europa geschlossen und ambitioniert zur diesjährigen Weltklimakonferenz fährt. Im Verbund mit Rechtspopulisten und der fossilen Lobby schickt sie sich an, die gesamte europäische Klimaarchitektur zu Fall zu bringen, den Green Deal. Dieser enthält die wichtigsten Instrumente, um die soziale und wirtschaftliche Zukunft unseres Kontinents zu gestalten und damit die europäischen Klimaziele zu erreichen. Dazu zählt auch das Verbrenner-Aus für Autos und das europäische Emissionshandelssystem ETS 1 und ETS 2, das die Emissionen in Europa effektiv begrenzt.

Hinter dieser Politik stehen nicht nur Ignoranz oder das „Prinzip Hoffnung“, sondern auch organisierte Interessen. Die, deren Macht auf der Ausbeutung fossiler Energien beruht, rückwärtsgewandte Teile der Industrie, fossile Energiekonzerne, reaktionäre Thinktanks und rechtspopulistische Kräfte verfolgen ein gemeinsames Ziel: Sie wollen die ökologische Modernisierung unseres Landes aufhalten, um ihre fossilen Geschäftsmodelle und ihren Einfluss zu schützen. Anti-Klima-Mobilisierung ist kein deutsches Einzelphänomen. Sie ist Teil des politischen Werkzeugkastens autoritärer und rechtspopulistischer Bewegungen – von Donald Trump bis Viktor Orbán. Ökologische Politik ist immer auch eine Frage politischer Auseinandersetzung darum, wer wir als Gesellschaft sein, was wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen wollen: eine intakte Umwelt, die ihnen die Chance gibt, sich zu verwirklichen und in Wohlstand zu leben, oder eine Welt, in der einige wenige sich auf Kosten der Lebenschancen der Menschen und des Planeten bereichert haben.

Diese Auseinandersetzung ist nicht entschieden, und es lohnt sich, zu kämpfen – gegen eine fossile Lobbymacht, die eine teure Politik des Nichtstuns oder gar des Rückschritts als zukunftsweisend verkauft.

Der ökologische Rollback der Regierung Merz bleibt nicht unbeantwortet. Überall im Land formieren sich neue Allianzen: bei neuen Gasbohrprojekten bei Borkum, in Oberbayern oder vor den Stränden Mecklenburg-Vorpommerns; bei den Menschen, die sich vor den Kosten der unkalkulierbaren fossilen Abhängigkeit schützen wollen; bei Städten und Gemeinden, die auf Windenergie und Solarprojekte setzen und damit an vielen Stellen zur Sanierung ihrer Haushalte beitragen. Die eine moderne kommunale Wärmeplanung vorantreiben und dafür klare Rahmenbedingungen und weiterhin die finanzielle Unterstützung des Bundes brauchen. Und nicht zuletzt in den vielen Unternehmen, die mit Wissen und Know-how nachhaltige Geschäftsmodelle vorantreiben.

Denn es gibt eine andere Wirklichkeit – auch in der Wirtschaft selbst. Überall in Deutschland investieren und entwickeln Marktführer, mittelständische Unternehmen, Hidden Champions und Start-ups in klimaneutrale und ressourcenschonende Technologien, Kreislaufwirtschaft und nachhaltige Geschäftsmodelle. Sie schaffen Jobs und eröffnen Chancen. Sie zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg und ökologische Verantwortung zusammengehören – und dass aus Klimaschutz wirtschaftliche Stärke werden kann. An ihrer Seite stehen wir: für eine Politik, die ökologische Innovation fördert, statt fossile Geschäftsmodelle zu verlängern. Wir wollen, dass Deutschland diese starke Position ausbaut und zum weltweiten Leitmarkt für Green Tech wird. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die unabhängig von fossilen Energien, ressourcenschonend und international wettbewerbsfähig ist – als Teil einer ökologischen Moderne.

Es lohnt sich, gerade jetzt für ambitionierte ökologische Politik einzustehen. Die Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist kein Selbstläufer, der Kampf um unsere Zukunft aber auch noch nicht verloren. Jedes Zehntel Grad, das wir an Erderhitzung verhindern können, rettet Lebenschancen. Jedes Zehntel Grad entscheidet über die Freiheitsrechte unserer Kinder. Jedes Zehntel Grad ist ein Antrieb für uns, uns zu engagieren. Und wir haben beim Zukunftsentscheid in Hamburg gesehen, dass ambitionierte Klimapolitik weiter Mehrheiten mobilisiert - und Menschen bereit und motiviert sind, für eine gute Zukunft auf die Straße und ins Wahllokal zu gehen. Dieser Erfolg bestärkt und motiviert uns.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Teil eines breiten Bündnisses für Fortschritt und Klimaschutz. Gemeinsam stellen wir uns der Rückschrittspolitik der Bundesregierung entgegen. Wenn Klimaschutz sabotiert wird, findet das unseren Widerspruch und unseren Widerstand – im Parlament und auf der Straße. Wir stellen einer solchen Politik einen klaren Plan entgegen: soziale, gerechte ökologische Politik, öffentliche und private Investitionen in Zukunftsbranchen, Unterstützung und Beinfreiheit für die Modernisierung der Wirtschaft.

Unsere Leitidee: Klimaschutz, wirtschaftliche Modernisierung, sozialer Zusammenhalt, Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Wer Klimaziele erreichen will, muss sie gerecht gestalten. Wer Wohlstand sichern will, muss in Zukunftsbranchen investieren und Innovation erleichtern. Wer in Europa bestehen will, darf nicht spalten, sondern muss aktiv mitgestalten.

Die Bundesregierung muss den Europäischen Green Deal und die europäischen Klimaziele aktiv verteidigen. Sie muss sich jedem Versuch entgegenstellen, Emissionsreduktionen oder sektorale Ziele – etwa in der Automobilindustrie – zurückzudrehen. Klare, verlässliche Rahmenbedingungen sind gerade jetzt entscheidend, um Investitionen auszulösen und die Modernisierung der

europäischen Wirtschaft voranzubringen. Der Staat kann als Ankerkunde für grüne Produkte Leitmärkte schaffen und gleichzeitig durch Forschungsförderung und regulatorische Erleichterung private Investitionen anreizen und Hürden für Innovation abbauen.

Als zentraler Hebel für die effektive Reduktion klimaschädlicher Emissionen hat sich der Europäische Emissionszertifikatehandel ETS bewiesen. Denn die Ausgabe von Emissionszertifikaten begrenzt die CO_2-Emissionen zielsicher und verbindlich in ganz Europa. Das ist besonders im deutschen Interesse, da wir ohnehin verfassungsrechtlich zu strengem Klimaschutz verpflichtet sind. Der ETS 1 für Industrie und Kraftwerke muss auf seinem Pfad bleiben, um seine volle Steuerungswirkung auch weiter zu entfalten. In den Sektoren, die im Zertifikatehandel erfasst sind, sind die Erfolge sichtbar: Hier sind die Emissionen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen.

In der Energiewirtschaft hat der Emissionshandel den Umstieg von der Kohle hin zu Erneuerbaren bewirkt, in der Industrie Modernisierung und Forschung an emissionsarmen Produktionsprozessen beschleunigt. Es ist richtig und notwendig, dass die Sektoren Verkehr und Gebäude mit dem ETS 2 ebenfalls Teil dieser verbindlichen Klimaschutzarchitektur werden – sie sind bislang nicht auf dem richtigen Pfad.

Allerdings darf hier der CO_2 -Preis nicht zum zentralen Instrument der Treibhausgasminderung werden. Denn die CO_2 -Vermeidungskosten liegen bei Gebäuden und Verkehr viel höher als etwa im Bereich der Kraftwerke. Vielmehr ist entscheidend, dass die Transformation im Bereich Gebäude und Verkehr auch ohne hohe CO_2 -Preise erfolgreich wird. Wir wollen daher die Verbindlichkeit des ETS mit bezahlbaren Preisen verbinden.

Das gelingt durch einen intelligenten Instrumentenmix aus Preisanreizen, gezielter Förderung von Umbau und Modernisierung und klaren ordnungsrechtlichen Vorgaben. An diesem Instrumentenmix halten wir fest. Friedrich Merz hingegen ist unehrlich: Zum einen will er Klimaschutz allein über den Preis regeln – das ist sozial ungerecht und wird dazu führen, dass die Akzeptanz für ausreichend ambitionierte Politik verloren geht. Zum anderen greift er dann die Preise an, sodass am Ende nur die Option bleibt, den Emissionshandel zu schwächen. Wer Emissionshandel als alleiniges Steuerungsinstrument will, will nicht, dass er bleibt.

Klimaschutz sozial gerecht gestalten

Eine um mehrere Grad Celsius erhitzte Welt bedeutet: weniger Gerechtigkeit, weniger Freiheit, weniger Chancen für uns und unsere Kinder – und mehr und brutalere Konflikte. Klimaschutz ist allein deshalb die zentrale Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit. Klimaschutz ist Generationengerechtigkeit, globale Gerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit zugleich. Wer wenig hat, hat auch weniger Chancen, sich an die Erderhitzung anzupassen – während sich Reiche oft von den Folgen freikaufen können. Nichtstun verschärft Ungleichheiten, Ungerechtigkeiten und Konflikte.

Klimaschutz kann gelingen, wenn die infrastrukturellen Rahmenbedingungen individuelle Entscheidungen für eine klimafreundliche Lebensweise ermöglichen. Er wird aber nur dann breite gesellschaftliche Akzeptanz erfahren, wenn er gerecht gestaltet wird, wenn es sich alle leisten können und etwas davon haben. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn viele Technologien, die mittel- und langfristig deutliche Einsparungen und ein Mehr an Lebensqualität bringen, sind bei der Anschaffung teuer – nicht jede*r kann sie sich leisten und ist in der Zwischenzeit mit steigenden Energiepreisen konfrontiert.

Das verlangt entschiedenes Handeln jetzt.Doch die Bundesregierung tut nichts dafür – im Gegenteil: Sie schiebt den Klimaschutz auf die lange Bank, und das Klimageld gleich mit. So lässt sie die Menschen mit den Folgen der Klimakrise, aber auch mit ihrer Bewältigung allein. Sie gefährdet mit diesem Kurs nicht nur den Erfolg des ETS 2, sie untergräbt auch das Vertrauen in die ökologische Transformation insgesamt. Anstatt soziale Sicherheit zum Rückgrat ambitionierter Klimapolitik zu machen, lässt sie Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen allein und spielt so den Gegner*innen konsequenten Klimaschutzes in die Hände.

Klimageld einführen - Haushalte entlasten

Der Emissionshandel und die damit verbundene Bepreisung von CO_2-Emissionen sorgt für ehrliche Preise und belohnt die, die in Klimaschutz investieren oder aus anderen Gründen nichts oder nur wenig zur weiteren Erderhitzung beitragen. Da noch nicht alle zum Start des europäischen Emissionshandels ETS 2 mit Wärmepumpen, E-Autos und Niedrigenergiehäusern ausgestattet sein werden, brauchen wir zum Ausgleich endlich ein sozial und regional gestaffeltes Klimageld.

Die schwarz-rote Koalition hat das Klimageld faktisch beerdigt – obwohl es in den Wahlprogrammen angekündigt wurde. Damit verspielt sie Glaubwürdigkeit und gefährdet die politische Akzeptanz des CO_2-Preises. Der für ein Klimageld notwendige Auszahlungsmechanismus ist inzwischen technisch bereit. Jetzt muss die Bundesregierung den politischen Willen aufbringen, das Klimageld umzusetzen – als direkten, jährlichen Rückfluss von Teilen der Einnahmen aus der CO_2-Bepreisung. Es schafft einen Ausgleich für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen. Sie werden entlastet, während Vielverbraucher*innen einen größeren Teil der Transformationskosten tragen. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Klimageld sofort startklar zu machen und 2027 erstmals auszuzahlen.

Förderprogramme sozial und regional gerecht gestalten

Moderne klimafreundliche Technologien wie Wärmepumpen, Geothermie oder energetische Gebäudesanierungen entlasten nach einigen Jahren durch geringere Verbrauchskosten, sind aber in der Anschaffung teuer. Damit auch Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen den Umstieg starten können, müssen Förderprogramme konsequent auf Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen ausgerichtet werden. Wer wenig hat, erhält die höchste Förderung, einkommensstarke Haushalte entsprechend weniger. Dieses Prinzip findet bisher ausschließlich bei der Förderung für Heizungen aus erneuerbaren Energiequellen – also etwa Wärmepumpen – Anwendung. Es ist aber auch für andere Modernisierungsmaßnahmen richtig.

Für den Erfolg der ökologischen Modernisierung unseres Landes sind unsere Städte und Gemeinden unerlässlich: Wir kämpfen im Bund und in den Ländern weiter dafür, dass die Kommunen aus den Einnahmen aus erneuerbaren Energien einen gerechten Anteil erhalten und sie mit gezielten Förderprogrammen dabei unterstützt werden, ihre kommunale Wärmeplanung Wirklichkeit werden zu lassen: Mit Investitionszuschüssen wollen wir mehr bezahlbare Fernwärme aus erneuerbaren Energiequellen, lokale und nachhaltige Nahwärmenetze und dezentrale Lösungen ermöglichen, die kommunal gut begleitet werden. So schaffen wir für Städte und ländliche Regionen örtlich angepasste Lösungen.

Für Vermieter*innen müssen attraktive Anreize geschaffen werden, verbunden mit einer klaren Begrenzung der Modernisierungsumlage, damit Warmmieten nicht steigen. Insbesondere private Vermieter*innen werden wir bei der energetischen Sanierung weiter verlässlich mit Förderzuschüssen unterstützen und kostengünstige serielle Sanierungsverfahren voranbringen. Mit dem CO_2-Kosten-Aufteilungsgesetz haben wir in der Ampel dafür gesorgt, dass Vermieter*innen einen eigenen Anreiz haben, die Kosten für die Gebäudewärme für ihre Mieter*innen gering zu halten. Je energieeffizienter ein Haus ist, desto geringer ist der Vermieteranteil am CO_2-Preis. Wir wollen dieses im Grundsatz richtige Stufenmodell im Zuge des Übergangs vom nationalen CO_2 -Preis in den ETS 2 weiterentwickeln. Um die für die Erreichung der Klimaziele notwendige Sanierungsquote zu erreichen und Mieterinnen und Mieter vor steigenden CO_2 -Kosten zu schützen, wollen wir perspektivisch im Zuge der Einführung des ETS 2 den Mieteranteil bei Wohnungen und Häusern mit überdurchschnittlich hohen CO_2 -Emissionen verringern. Erst, wenn ein Gebäude maximal 32kg CO_2 pro m2 und Jahr ausstößt, soll der CO_2 -Preis auch anteilig auf die Mieter*innen umgelegt werden. Das bedeutet: Wer nicht saniert, zahlt mehr als bisher - wer seine Mieter*innen vor Energiekostensteigerungen schützt, wird belohnt.

Die Bundesregierung darf nicht länger warten, einen Plan vorzulegen, wie die mehr als fünf Milliarden Euro aus dem europäischen Klima-Sozialfonds gezielt für Haushalte mit wenig Einkommen eingesetzt werden.

Bahn stärken – saubere Mobilität für alle ermöglichen

Eine moderne Wirtschaft braucht eine zuverlässige, bezahlbare Bahn. Die Investitionen in die Sanierung und Digitalisierung der Bahninfrastruktur, den Aus- und Neubau von Bahnstrecken sowie die Modernisierung von Bahnhöfen müssen mindestens verdoppelt und für zehn Jahre gesichert werden. In der Ampel-Regierung haben wir es geschafft, dass erstmals mehr Geld in die Schiene als in die Straße geflossen ist. Und wir haben den Finanzierungskreislauf Straße durchbrochen – Einnahmen aus der Lkw-Maut sind endlich auch in die Bahninfrastruktur geflossen. Beide Erfolge werden unter Schwarz-Rot zurückgedreht. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Bahn-feindliche Politik zu beenden.

Auch beim Deutschlandticket braucht es eine stärkere Beteiligung des Bundes, damit der Preis wieder auf 49 Euro sinken kann - denn das ist unser Ziel. Während Deutschland die teuersten Autobahnkilometer der Welt baut, fehlt es an einer funktionierenden Bahn sowohl im Fernverkehr wie auch regional – eine enorme Belastung für Pendler*innen und Unternehmen. Die neue Bahnstrategie muss

endlich mit einem Maßnahmenpaket zur Fachkräfteanwerbung und Baubeschleunigung hinterlegt werden.

Gute Arbeit sichern – Sicherheit im Wandel schaffen

Verlässliche Beschäftigung ist essenziell für sozialen Zusammenhalt. Wir setzen uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine gestärkte Tarifbindung, einen wirklich armutsfesten Mindestlohn und gute Arbeitsbedingungen in allen Branchen ein. Arbeit darf nicht krank machen – sie muss Sicherheit und Würde bieten. Gute Arbeit ist die soziale Basis jeder erfolgreichen Transformation.

Der Wandel gelingt nur, wenn er Sicherheit bietet. Dafür brauchen wir einen verbindlichen Transformationsfonds, eine umfassende Qualifizierungsoffensive mit Anspruch auf Mitbestimmung, Schutz bei Arbeitsplatzverlust sowie gezielte Förderung für von Strukturwandel betroffene Regionen. Ein verlässliches soziales Netz muss Menschen in allen Lebenslagen schützen – bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflege. So entsteht Vertrauen in Veränderung und der Glaube: Niemand bleibt zurück.

Gesundheitsschutz stärken - Kommunen bei der Klimaanpassung unterstützen

Sozial gerechter Klimaschutz bedeutet auch, Schutzmaßnahmen gegen Extremwetterereignisse wie Hitze und Überschwemmungen konsequent auszubauen. Daten bestätigen, dass Hilfesysteme, medizinische Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Sportvereine und viele andere die zunehmende Wärmebelastung und die damit verbundenen gesundheitlichen Konsequenzen zunehmend zu spüren bekommen. Wir wollen den Gesundheitsschutz insbesondere von vulnerablen Gruppen wie Kleinkindern, älteren Menschen, gesundheitlich vorbelasteten Menschen und Schwangeren sukzessive stärken. Durch moderne Gestaltung wie baulichen Hitzeschutz, die Entsiegelung von Flächen, Planung grüner Oasen in stark versiegelten Räumen, aber auch die Modernisierung von Fahrzeugen im ÖPNV, Notfallpläne und Hitzeberatung wirken wir den Risiken von Hitzschlag, Dehydration und hitzebedingter Krankheiten entgegen. Ebenso gilt es, auf die Bedrohung durch Überschwemmungen mit Maßnahmen wie naturnahen Flussläufen, Schwammstadtkonzepten und mehr Entsiegelung zu reagieren.

Verantwortung einfordern – fossile Subventionen abbauen, Verursacher beteiligen

Wer Klimagerechtigkeit ernst meint, darf fossile Fehlanreize nicht länger hinnehmen. Noch immer fließen Milliarden in klimaschädliche Vergünstigungen für Diesel, Dienstwagen und Kerosin. Diese Mittel fehlen bei der Finanzierung des Klimageldes, beim sozialen Ausgleich und bei Zukunftsinvestitionen. Wir fordern die Bundesregierung auf, beim sozialverträglichen Abbau klimaschädlicher Subventionen substanziell voranzukommen und die freiwerdenden Mittel konsequent in Klimageld, Wärmewende und öffentliche Mobilität umzuleiten.

Wir stehen für das Verursacherprinzip. Wer massive ökologische wie ökonomische Schäden verursacht, darf mit diesem Geschäftsmodell keine unverhältnismäßigen Gewinne machen. Wir erwarten, dass fossile Unternehmen stärker an den Kosten der

Klimaschäden und der Klimaanpassung in den Kommunen beteiligt werden. Unternehmen, die Gewinne aus Ausbeutung und Verkauf von Öl, Kohle und Gas erzielen, werden wir verpflichten, entsprechende Beträge in einen Fonds einzuzahlen, mit dem Kommunen bei der Bewältigung von Klimaschäden und bei Investitionen in die Klimaanpassungsmaßnahmen unterstützt werden. Wir werden deshalb die Möglichkeit schaffen, dafür Abgaben von den entsprechenden Unternehmen zu erheben. Dazu erarbeiten wir verschiedene Optionen. So entsteht eine Klimapolitik, die gerecht, wirksam und mehrheitsfähig ist – eine Politik, die niemanden überfordert, sondern alle einlädt, Teil der Lösung zu sein.

Wirtschaft modernisieren – Klimaziele als Standortstrategie

Das deutsche Wirtschaftsmodell – der Dreiklang aus vermeintlich billigen Gasimporten, schier unendlich wirkenden Absatzmärkten in China und der Auslagerung der Verantwortung für unsere Sicherheit an die USA – steckt in einer tiefen strukturellen Krise und hat sich spätestens mit Beginn der Zeitenwende überholt. Die Exportabhängigkeit, die lange ein Erfolgsmodell war, wird zur Schwachstelle. Die Absatzmärkte in China und den USA verändern sich rapide. Die Abhängigkeit von billigem Gas ist nicht überwunden. Und viele Branchen, aber auch die Politik haben zu lange auf alte Technologien gesetzt, statt rechtzeitig auf Zukunftsmärkte zu reagieren. In der aktuellen Lage herrscht nicht zuletzt wegen der anhaltend schlechten Standortbedingungen große Investitionszurückhaltung. Wer nicht weiß, wie sein Unternehmen die nächsten Jahre überleben soll, investiert nicht in die darauffolgenden Jahrzehnte.

Überall in Deutschland haben sich Unternehmen aufgemacht, ihre Geschäftsmodelle und Produktionsprozesse weiterzuentwickeln und auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz auszurichten. Sie sind unsere Partner und Verbündeten im Kampf gegen die Erderhitzung und verdienen unsere Unterstützung auf diesem Weg. Doch genau diese Unternehmen schauen unter Schwarz-Rot in die Röhre, weil ihnen die Planungs- und Investitionssicherheit entzogen wird. Von dieser Entwicklung profitieren diejenigen, die in der Phase des klimapolitischen Aufbruchs abgewartet, verzögert oder sogar aktiv bekämpft haben.

Ehrlichkeit heißt auch, klar zu benennen: Geschäftsmodelle, die auf der Bereitstellung, dem Transport oder der Verbrennung fossiler Energien beruhen, werden enden, wenn wir unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen.

Während andere Länder industriepolitisch klare Modernisierungsziele formuliert und ihre Rahmenbedingungen an den Herausforderungen der Zukunft ausgerichtet haben, haben deutsche Bundesregierungen es sich zusammen mit einigen Großunternehmen oft bequem gemacht. Junge Unternehmen und Zukunftsbranchen – etwa die Solar- oder Chipindustrie – wurden zu lange übergangen. Heute ist Deutschland in Teilen stark in den Technologien von gestern, während die USA und China bei den Technologien von morgen – von E-Mobilität über Batterien bis zur KI – vorn liegen.

Deutschland kann diesen Rückstand aufholen, wenn es jetzt entschlossen handelt. Wir haben exzellente Forschung, Erfahrung in der Entwicklung von Technologien und industrielle Kompetenz – und mit dem europäischen Binnenmarkt einen gewaltigen Hebel. Mit dem Sondervermögen für Klima und Infrastruktur bestehen

historische Investitionsmöglichkeiten, um einen echten Modernisierungsschub einzuleiten.

Wir wollen die Finanzmärkte als Motor der Modernisierung nutzen. Kapitalströme dürfen nicht länger fossile Geschäftsmodelle absichern, sondern müssen gezielt in klimafreundliche und faire Wirtschaftsaktivitäten gelenkt werden. Dafür wollen wir Greenwashing konsequent unterbinden, verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Finanzprodukte einführen und Klimarisiken in die Bankenaufsicht integrieren.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der EU-Taxonomie ein, die fossile Energien klar ausschließt und glaubwürdige Standards für nachhaltige Finanzprodukte schafft. Nur wenn das Finanzsystem klima- und sozialgerecht aufgestellt ist, gelingt die Transformation unserer Wirtschaft. Diese Transformation bringt für die Unternehmen große Herausforderungen mit sich. Viele tätigen mutige und mitunter riskante Investitionen, aus Verantwortung und unternehmerischer Weitsicht. Wir wollen sie auf diesem Weg unterstützen und nicht mit zusätzlicher Bürokratie belasten. Die Taxonomie wollen wir deshalb so gestalten, dass sie mehr Unternehmen erfasst und besonders Berichtspflichten deutlich reduzieren, vereinfachen und vereinheitlichen.

Forschung, Entwicklung und Skalierung in der Clean-Tech-Branche treiben wir voran und stärken Anreize für privates Kapital, für start ups, scale ups und den Mittelstand. Wo regulatorische Hürden klimafreundliche Innovation verhindert, wie bei der Kreislaufwirtschaft, schaffen wir diese Hürden ab. Innovation hat aufgrund der Dringlichkeit Vorrang.

Durch Digitalisierung können nachhaltige Geschäftsmodelle entstehen, ob das der digitale Zwilling in der Produktion ist, der autonom fahrende Kleinbus in ländlichen Regionen, oder das digitale Stromnetz. Daher wollen wir gerade an dieser Schnittstelle Innovationen erleichtern und gleichzeitig für nachhaltige Rechenzentren sorgen.

Sondervermögen und Klima- und Transformationsfonds gezielt nutzen

Der Klima- und Transformationsfonds (KTF) ist das finanzielle Rückgrat der ökologischen Modernisierung. Er kann – genauso wie das neu geschaffene Sondervermögen – seine volle Modernisierungswirkung aber nur entfalten, wenn seine Einnahmen konsequent für den wirtschaftlichen Umbau oder Förderungen ausgegeben werden, die direkt im Alltag der Bürger*innen wirken – wie die Heizungsförderung, die energetische Stadtsanierung oder Energiesparchecks. Die Umwidmung des KTF etwa zur Ansiedelung einzelner Unternehmen steht diesem Ziel entgegen.

Schwarz-Rot setzt diese Schieflage fort, anstatt sie zu korrigieren – und öffnet zugleich neue Schlupflöcher, die Klimaschutz offen konterkarieren. Zwar konnten wir verhindern, dass, wie ursprünglich von Lars Klingbeil geplant, Strafzahlungen für verfehlte Emissionsziele aus dem Fonds bestritten werden. Die jüngste Gesetzesänderung erlaubt es aber, über den KTF künftig auch Gaspreissenkungen zu finanzieren. Bereits 2025 werden über die Gasspeicherumlage Mittel des Fonds dafür genutzt. Auch Posten wie die Finanzierung von Kernfusionsforschung haben in einem Klimafonds nichts verloren.

Mit den aus dem KTF finanzierten Klimaschutzverträgen haben wir die Investitionsrisiken der Unternehmen reduziert, die sich für den klimafreundlichen Umbau ihrer Produktionsprozesse entscheiden. Die Absicherung der Differenzkosten zwischen konventioneller und emissionsarmer Produktion trägt dazu bei, dass ein Business Case für grüne Produktion entsteht. Durch grünen Druck ist es gelungen, die Klimaschutzverträge weiterzuführen - und das, obwohl Katherina Reiche sie lieber hätte auslaufen lassen. Wir wollen die Klimaschutzverträge pragmatisch, mittelstandsfreundlich und bürokratiearm weiterentwickeln.

Mit dem Sondervermögen für Klimaschutz und Infrastruktur haben wir die Möglichkeit geschaffen, dass zentrale Modernisierungsprojekte gezielt angeschoben werden können. Teile der Wirtschaft investieren schon jetzt in eine klimaneutrale Produktion – genau zur richtigen Zeit: China beginnt, CO_2-reduzierten Stahl nach Europa zu exportieren und erhöht so den Druck auf heimische Produzenten. Anstatt diese Umstellung hin zu klimafreundlichen Produktionsprozessen der Zukunft zielgerichtet mit den neuen Milliarden aus dem Sondervermögen zu unterstützen, organisiert Schwarz-Rot

Wir wollen das Sondervermögen stattdessen strategisch für die sozial-ökologische Transformation und als Hebel zur Schaffung klimafreundlicher Geschäftsmodelle und grüner Leitmärkte in den europäischen Schlüsselbranchen einsetzen. Damit strategisch wichtige Industriebranchen in Europa bleiben und klimafreundliche Geschäftsmodelle durchstarten können, braucht es eine gesicherte Nachfrage durch die Schaffung grüner Leitmärkte, die Investitionen anreizen und industrielle Wertschöpfung auch in den kommenden Jahrzehnten in Europa halten.

Deshalb sollte zusammen mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz die Vergabe von öffentlichen Investitionen an Herkunftsnachweise und Mindestanteile europäischer Wertschöpfung gebunden sein. So sollte etwa festgelegt sein, dass mindestens zehn Prozent des verbauten Stahls klimaneutraler Stahl aus Deutschland oder der EU sein müssen. Allein die Deutsche Bahn als hundertprozentig bundeseigenes Unternehmen kann bei ihren Investitionen aus dem Sondervermögen Vorreiterin darin sein, klimafreundlich produzierte Güter made in Europe einzusetzen. So entstehen europäische Leitmärkte, die Investitionen anreizen und europäische Wertschöpfung sichern. Dieses Prinzip sollte auch in anderen strategisch wichtigen Branchen – etwa Batterien, Wasserstoff oder klimaneutrale Grundstoffe – Anwendung finden.

Automobilindustrie zukunftsfähig machen

Teile der Automobilindustrie haben mit Unterstützung einer zögernden Politik großer Koalitionen zu lange auf alte Modelle gesetzt und die Transformation verschlafen. Nun droht sich dieser Fehler zu wiederholen. Während in anderen Teilen der Welt die Elektromobilität auf dem Durchmarsch ist, diskutiert Deutschland über die Zukunft des Verbrenners. Es ist falsch, dass Union und SPD die europäische Einigung zum Verbrenner-Aus in Frage stellen. In der aktuellen Absatzkrise braucht die Branche klare Leitplanken und gezielte Impulse für klimaneutrale Innovationen: Die klare Orientierung, dass ab 2035 kein fossiler Verbrenner mehr neu zugelassen wird, muss durch den Verkauf von E-Autos anreizenden Maßnahmen ergänzt werden – etwa durch die Verbesserung und Harmonisierung der Ladeinfrastruktur, die Senkung der Stromsteuer für alle, ein

Sonderbeschaffungsprogramm für Mobilität in Behörden und kommunalen Diensten, sozial gestaffelte Leasingmodelle für Haushalte mit geringem Einkommen („Social Leasing“) sowie eine auf klimafreundliche Fahrzeuge ausgerichtete Kfz-Besteuerung. Wir wollen Menschen mit geringem Einkommen beim Umstieg auf die Elektromobilität konkret unterstützen: Wer zum Pendeln oder auf dem Land auf das Auto angewiesen ist und weniger als 40.000 Euro zu versteuerndes Jahreseinkommen hat, zahlt für das Leasing eines elektrischen Kleinwagens maximal 100 Euro pro Monat.

Wer strategisch wichtige Industriezweige in Deutschland und Europa halten will, muss staatliche Förderung an Elektromobilität aus europäischer Wertschöpfung binden. Wir setzen daher auf eine E-Auto-Kaufprämie und steuerliche Förderung emissionsarmer Fahrzeuge, die besondere Anreize für Automodelle made in Europe setzt. Zudem setzen wir uns für attraktive Kooperationen zwischen Autoherstellern und Netzbetreibern ein, bei denen Privathaushalte mittels bidirektionalem Laden bei ihrer Stromrechnung um mehrere Hundert Euro entlastet werden.

Kohleausstieg vollenden - Gasunabhängigkeit strategisch angehen

Deutschland hat mit dem Kohlekompromiss einen ersten Rahmen für einen geordneten Ausstieg aus dem Abbau und der Verstromung von Kohle gesetzt. Auf grüne Initiative ist es gelungen, den Kohleausstieg im Rheinischen Revier gesetzlich und im Konsens mit den Betreibern auf 2030 vorzuziehen. Nun geht es darum, diesen Ausstiegsplan konsequent umzusetzen. Auch in den mittel- und ostdeutschen Kohlerevieren ist ein marktgetrieben früherer Ausstieg als 2038 möglich. Wir halten es weiter für sinnvoll und notwendig, den Unternehmen, den Beschäftigten und den Regionen durch eine gesetzliche Regelung Planungssicherheit zu geben, damit etwa die Auszahlung der Strukturmittel an einen neuen Zeitplan angepasst werden kann.

Um die Energieversorgung langfristig zu sichern und Preisschwankungen sowie Abhängigkeiten zu vermeiden, braucht Deutschland aber auch eine klare Gasunabhängigkeitsstrategie. Durch konsequenten Ausbau von Wind- und Solarenergie, Elektrifizierung von Industrieprozessen, den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und Investitionen in Speichertechnologien kann der Gasverbrauch in den kommenden Jahren halbiert werden. Das ist nötig, denn nur so lässt sich die energiepolitische Abhängigkeit von teuren LNG-Importen aus den USA und autokratisch regierten Staaten beenden. Die im Rahmen des Zoll-Deals geplanten Investitionen von bis zu 750 Milliarden Euro für Trumps LNG-Gas lehnen wir entschieden ab.

Zu einer Gasunabhängigkeitsstrategie gehört, die Bewilligung zur Förderung von Gas (und Öl) zu begrenzen und keine neuen Gasfördergenehmigungen zu erteilen, kein Vertragsgesetz für ein Unitarisierungsabkommen mit den Niederlanden abzuschließen und die geplante Gas-Förderung vor Borkum abzusagen.

Es war richtig, nach der Vollinvasion Russlands in der Ukraine eine LNG-Infrastruktur zu schaffen, um schnell die wegfallenden Lieferungen russischen Erdgases zu ersetzen. Nun muss es darum gehen, diese Infrastruktur und ihre Auslastung auf ein für die Versorgungssicherheit notwendiges Maß zu begrenzen.